Neue Klimaretter an Bord

KLIMAUNION Ein Verein will die Politik von CDU/CSU grüner machen – aber andere Lösungen als die Grünen anbieten.

VON FRIK STECHER

ERLANGEN - Der Wirbel um die Werteunion zeigt, wie leicht Vereine im Umfeld von Parteien für Aufsehen sorgen können. Immer häufiger hört man nun von Unionspolitikern, dass die Werteunion eigentlich nichts mit der CDU/CSU zu tun hätte. Und wie ist das mit der im März gegründeten Klimaunion?

"Es steckt schon viel Union in der Klimaunion", betont Siegfried Balleis (CSU), ehemaliger Oberbürgermeister in Erlangen und einer von 30 Gründungspaten der Klimaunion. Eine Unterwanderung durch die Grü-nen sei nicht zu befürchten, versichert Balleis - auch wenn der Vereinssprecher Heinrich Strößenreuther tatsächlich bis 2015 Mitglied bei den Grünen war und erst anlässlich der Vereinsgründung in die CDU eingetreten ist.

Immerhin konnte der Verein kürz-lich ein Mitglied hinzugewinnen, das unverdächtig ist, den Grünen allzu nahe zu stehen: Friedrich Merz. "Man hätte auch nicht von vornher-ein gedacht, dass der ehemalige Siemens-CEO Heinrich von Pierer bei uns Mitglied wird", sagt Balleis. "Der akzeptiert natürlich auch nicht alles und fragt oft kritisch nach. Es ist das Ringen um den besten Weg, das ist ja das Spannende."

Die Frage nach dem Weg macht den Unterschied. Denn beim Ziel gibt es kaum Unterschiede zu den Grü-nen. "In der Union sind wir eine Art Avantgarde hinsichtlich des Kamp-fes gegen den Klimawandel, das ist noch nicht bei allen Mitgliedern von CDU und CSU Allgemeingut", erklärt Balleis. Zur Avantgarde zählen aber schon rund tausend Mitglieder und Unterstützer.

Viele Passagen aus dem aktuellen Positionspapier des Vereins könnten von der Ökopartei stammen. Deutschland soll laut Positionspapier mög-lichst schnell klimaneutral werden, bei der Energieversorgung sei das schon bis 2030 möglich. Balleis kann sich eine schwarz-grüne Regierung nach der Bundestagswahl gut vorstellen, für Vereinssprecher Strößen-reuther ist dies explizit die Wunsch-



Der Klimawandel zeigt sich auch durch häufigeres Extremwetter – hier das Hochwasser in Rheinland-Pfalz. Die Klimaunion will die CDU und CSU zu einer engagierteren Umweltpolitik motivieren.

koalition. Trotz großer Gemeinsamkeiten gibt es jedoch Differenzen bei der Wahl des richtigen Weges. "Wir wollen das nicht mit einer Verbots-politik angehen, sondern mit Anreizen", betont Balleis. "Die Kommunen, auf deren Flä-

chen die Windräder gebaut werden



Siegfried Ralleis

sollen, müssen auch mit einem fairen Anteil an den Erträgen beteiligt werden. Dann bekommen solche Anträge auch leichter Mehrheiten in den Stadträten als heute." Das hat die Große Koalition

bereits beschlossen, es fehlen Balleis zufolge aber noch die konkreten Regelungen: "Das muss vorangetrieben werden.

Mehr Entschlossenheit und Tempo hätte die Klimaunion auch gerne im Wahlprogramm der Union gese-hen. "Da hätte ich mir mehr Mut gewünscht", sagt Balleis. Es habe sich eben die größere Schwester CDU durchgesetzt: "Die CSU ist entschlossener im Kampf gegen den Klimawan-del, zumindest was die Parteispitze anbelangt, ich würde das nicht für jeden Ortsvorsitzenden behaupten."

Wirtschaft ist aufgeschlossen

Nicht nur die CSU-Spitze, auch vie-le Spitzenleute aus der Wirtschaft sind offen für Maßnahmen gegen den Klimawandel. "Ich sehe das gerade bei den CEOs von großen Aktienge-sellschaften, die sind da aufgeschlossen", so Balleis. "Was man bisher voll-kommen unterschätzt: Die Finanzindustrie zieht hinsichtlich Klimaschutz auch immer stärker die Zügel

Jeder Vorstand muss heute gegenüber Analysten und finanzierenden Kreditinstituten nachweisen, inwieweit er die sogenannten ESG-Kriterien einhält, wozu auch der Bereich Umwelt gehört. Klimaschutz ist für Unternehmen heute nicht nur gut

fürs Image, er wird immer stärker zum Wirtschaftsfaktor.

Diese Entwicklung hätte auch schon früher einsetzen können. So hätte etwa mehr Druck auf die Automobilindustrie bewirkt, dass sie ihre Innovationen bei den emissionsarmen Antrieben stärker vorantreibt – was heute ein Wettbewerbsvorteil wäre. "Die Politik hat in der Tat in der Vergangenheit, wohl aufgrund feh-lenden Problembewusstseins, keine entsprechenden Gesetze und Regularien durchgesetzt", bedauert Balleis. Er begrüßt daher das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das klarstellt, dass nicht alle wichtigen Weichenstellungen in die Zukunft verschoben werden dürfen.

Die Klimaunion versteht ihre Aufgabe nun darin, innerhalb der Unionsparteien das Bewusstsein dafür zu schärfen und den Einsatz gegen den Klimawandel voranzutreiben. Die Zunahme von Extremwetter-Ereignissen wie der jüngsten Flutkatastrophe zeigt, dass die Zeit drängt.

KURZ BERICHTET

Hongkong: erstes Urteil nach Sicherheitsgesetz

HONGKONG - Zum ersten Mal hat ein Gericht in Hongkong ein Urteil nach dem umstrittenen Sicherheitsgesetz verhängt. Der 24-jähri-ge Tong Ying-kit wurde am Dienstag in der chinesischen Sonderver-waltungsregion wegen Terrorismus und Anstiftung zum Separa-tismus verurteilt. Der frühere Restaurantmitarbeiter war nur wenige Stunden nach Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 2020 bei Protesten mit seinem Motorrad in eine Polizeisperre gefahren. Mit dem Schuldspruch wurde zunächst noch kein Strafmaß verkündet. Ihm droht jedoch lebenslange Haft, wie der Hongkonger Sender RTHK berichtete.

Abschiebungen nach Afghanistan gehen weiter

BERLIN - Auch nach dem Vormarsch der Taliban bemüht sich die Bundesregierung darum, die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nach Afghanistan weiter-hin grundsätzlich zu ermöglichen. Nach Informationen der Deut-schen Presse-Agentur laufen dazu aktuell Gespräche mit afghanischen Regierungsvertretern. Die Bild hatte am Dienstag unter Beru-fung auf einen Bescheid der Zentralen Ausländerbehörde Oberfranken vom vergangenen Freitag berichtet, angesichts der aktuellen Entwicklungen in Afghanistan müsse davon ausgegangen wer-den, dass eine für den 10. August geplante Sammelabschiebung dorthin "tatsächlich nicht möglich ist"

NÜRNBERGER **Hachrichten**

Verleger und Herausgeber: Bruno Schnell † Verlegerinnen: Bärbel Schnell, Sabine Schnell-Pleyer

Redaktion
Cheredakteure: Alexander Junglunz, Michael Husarek
Stellverteetender Chefredakteur: Arimi Jelmik
Mitglied der Chefredaktion Barbana Zimiker
Newsdesk- Armin Jelenik, Stephan Sohr, Christine Thumer
Cher vom Diests, Seony Kletz, Stellvertung, Beinpainia Huck
Print-Editoren: Peter Ehler, Christian Ebinger, Hans Peter Reitzner
Außenerdaktionen: Georg Körfgen
Delik und Wirtschaft: Veren Litz, Stellvertretung, Manuel Kugler
Korresponderten: Handel Baumer Befentl, Roade Englisch München
Lokales: Frausiska Holtschult; Stellvertretung, Gabriele Eisenack
Gericht: Unite: Dec Gerich

Lobales: A intersal musically, sevenetreuling Gualerie Ebesiak.

Region & Bayern: Georg Körfgen, Stellvertretun; Christiane Krodel
Leben; Iphanes: Melles; Stellvertretun; Romas Correll
Sport-Peter Schulze-Zachau; Stellvertretun; Kathainia Tontsch
Bidfredaktion: Kielvel Medieje, Stellvertretung; Stellan Hippel
Redaktionsanschrift: Marienstraße 9–11, 90402 Nürmber

Anzeigen Michael Beyer, Nordbayerische Anzeigenverwaltung GmbH, Marien-straße 9-11, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 216-0; Preisliste Nr. 63 ab 01.01.2021

Verlag und Druck Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. KG, Marienstraße 9–11, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 216-0

Manentsride 9-11, 90402 Murinderg, Teleton (1991) 216-0 Informationen zu Abonmements Abo-Service Telefon (1991) 216-2777, Fax (1991) 216-2533; Internet abonordobyernóe. Monatilicher Perés für Print-Abo 41,00 E (inik. Misc), J. Mortinen tutal zur in Digital-Abo 220 e (inik. Misc), J. Abonementsabbestellungen einen zur zur Monatsonde ausgesprochen werden um dinssen bis zurins. des allarderen Monats in Erotthern in Verlage undelsen, Bei vereichteten Becapszeitraumes möglich. – Be fluchtbelderung den Verschalden Becapszeitraumes möglich. – Be fluchtbelderung den Verschalden Verlages oder inflöre höherer Gewalt, von Unterne oder Arbeitsämpf-matikalinnen bestellt kinn Anspruch auf Schadersersatz. Für unverhangt eingesamte Manuskripte um Grots vind keine Haltung übernommen.

uuernommen. Die gesamte Zeitung einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich Die gesamte Zeitung einschließlich aller herr Felle ist unhehrendtilbt geschützt, sweist zins aus ein Unbehrenstilbts geschützt, sweist zins aus ein Unbehrenstilstsgest und sonstigen Vorschräften inrichts anderes ergibt. Derunter fallen auch alle Anzeigen deen Gestaltung von Verlag übernommen wurde, Jede Verwertung ist hem schriftliche Zustimmung des Verlages unudärsig. Dies gilt instesendere für Verwirfelfältgungen. Übersetzungen, Mitorverfilmungen und die Spechenung und Verbertung in elektronischen Systemen.
Die Rechte für die Nutzung von Antiells für elektronische Pressepiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Telefon [0 30] 284 93-0, www.pressemontor.de.



Für die Herstellung der Zeitung wird Recycling-Papier

Pressehaus Zentrale:	Telefon	(09 11) 2 16-0
Redaktion:	Fax	2 16-24 32
Ihre Meinung:	Telefon	2 16-25 44
E-Mail:	nn-ihre-meinung@pressenetz.de	
Anzeigen-	Telefon	2 16-27 77
annahme:	Fax	2 16-23 26
E-Mail: Internet:	werbevermarktung@pressenetz.de nordbayern.de/anzeigenaufgabe	
Abonnenten-Service:	Telefon	2 16-27 77
	Fax	2 16-25 33

China rüstet auf

ATOMRAKETEN Der deutliche Ausbau des Arsenals wirft bei Experten Fragen auf.

BERLIN/MÜNCHEN - Knapp 19 000 frühere Heimkinder in Deutschland darunter knapp 1700 aus Bayern -haben Geld von der Stiftung Anerkennung und Hilfe erhalten. Dies teilte das Bundessozialministerium mit.

Leid früherer

Heimkinder

wird anerkannt

Mit der Zahlung wird anerkannt, dass die Frauen und Männer in der Nachkriegszeit in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben. Die Zahl derjenigen, die sich an die Stiftung gewandt haben, liegt bei rund 31 300.

Die Stiftung wurde von der Bundes-regierung, den Bundesländern sowie der evangelischen und katholischen Kirche gegründet, um die Vergangenheit aufzuarbeiten und das Leid anzu-erkennen. Bis Ende Juni 2021 konnten sich Betroffene melden, um eine Pauschale von 9000 Euro zu erhalten.

Wer während des Aufenthaltes in der stationären Einrichtung sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, ohne dass die Einrichtung dafür Beiträge zur Sozialversicherung zahlte, konnte zusätzlich bis zu 5000 Euro als Ausgleich für entgangene Rentenansprüche bekommen. Die an Betroffene ausgezahlte Gesamtsumme lag Ende Juni bei knapp 196 6 Mil**PEKING** - China hat eine möglicherweise deutliche Ausweitung seiner Atomstreitmacht begonnen. Mit Hilfe von Satellitenaufnahmen entdeckten Experten der Vereinigung ameri-kanischer Wissenschaftler (FAS) nahe Hami in der Nordwestregion Xinjiang ein großes neues Areal mit im Bau befindlichen Silos für Atomra-keten. Die Enthüllungen wecken Sorgen über ein neues atomares Wettrüsten und schüren Misstrauen über Chinas Intentionen.
Erst im Juni war ein ähnliches neu-

es Gelände mit Raketensilos im Bau-zustand bei Yumen in der Provinz Gansu ausfindig gemacht worden. "Der Bau der Silos in Yumen und Hami stellt die bisher bedeutendste Expansion des chinesischen Atomwaffenarsenals dar", warnten die Atomexperten. Es könnten insgesamt über 200 neue Raketensilos entstehen, schätzen die Experten. Das wären mehr als Russland und halb so viele wie die USA für ihre Interkonti-

nentalraketen in Betrieb hätten.
Doch ist unklar, ob auch alle mit
Raketen bestückt werden oder wie
viele nur der Täuschung dienen, um

Angriffe in die Irre zu führen. hina besitzt nach FAS-Sch

Arsenal ist damit allerdings deutlich kleiner als das der USA oder Russlands, die jeweils 4000 Atomsprengköpfe besitzen.

Hinter dem Ausbau könnten nach Ansicht von Experten verschiedene Motive der Führung von Staats- und Parteichef Xi Jinping stecken, der auch Vorsitzender der Militärkom-mission und damit Oberbefehlsha-



Xi linpina

ber ist. So könnte es etwa eine Reaktion auf die Modernisierung der Atomstreitkräfte der Russlands USA Russlanus Indiens sein.

sich China sorgen, dass seine bisheri-

gen Silos leicht angreifbar sind. Sie lägen in Reichweite konventioneller Marschflug-körper der USA, während Yumen und Hami weiter im entlegenen Landesinneren seien, so die Experten.

Die Wissenschaftler sprachen zudem von einem Umstieg von Flüssigauf Festtreibstoff, der die Reaktionszeit verkürze, da nicht mehr aufgetankt werden müsse. Auch sorge sich Peking um die Raketenahwehr der

drohten Vergeltungsschlag untergrabe - und damit Chinas Abschre-

ckungspotenzial. Bisher betreibt China ein kleines Atomwaffenarsenal, das der Selbstverteidigung dienen und für eine glaubwürdige "minimale Abschreckung" ausreichen soll. Peking könnte aber zu dem Schluss gekommen sein, das Bedrohungspotenzial ausweiten zu müssen. Auch wurde spe-kuliert, dass sich China heute nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch als große Macht definiert.

Offiziell beteuert China immer sei-ne Doktrin, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten zu wollen. Nur als Reaktion auf einen Atomschlag gegen China wolle Peking nukleare Waffen einsetzen.

Bisher stützt sich Chinas Atom-streitmacht nur auf rund 20 Raketensilos und ist mit rund 100 Interkonti-nentalraketen auf fahrbaren Abschussrampen vor allem mobil. Auch gibt es einige wenige Atomraketen, die von U-Booten oder strategischen Bombern aus gestartet werden können. Seit den späten 1990er Jahren versuchen die USA vergeblich, China dazu zu bewegen, sich internationaen Rüstungskontrollverhandlungen